

Auszug aus dem Protokoll des Gemeinderates von Zürich



vom 9. Juni 1999

1174. 99/239

Von Monjek Rosenheim (FDP) und Hansjörg Sörensen (FDP) ist am 9.6.1999 folgender *Beschlussesantrag* eingereicht worden:

Der Gemeinderat der Stadt Zürich reicht beim Kanton eine Behördeninitiative ein mit dem Ziel, beim Bund vorstellig zu werden, um dessen geltende Karenzfrist bis zur Arbeitsaufnahme durch Asylbewerbende auf zwei Jahre zu erhöhen.

Begründung:

Die Problemlage ist im Asylbereich anerkanntermassen schwieriger als im Ausländerbereich. Hauptattraktionspunkt für sehr viele Asylbewerbende ist die Aussicht, bereits nach drei Monaten einer Arbeit nachgehen zu können. In verschiedenen EU-Staaten dürfen Asylbewerberinnen und -bewerber grundsätzlich nicht arbeiten, was zu wesentlich tieferen Asylbewerbsquoten führt.